

Um die Wirtschaft bei der Digitalisierung zu unterstützen, sollte die Bundesregierung ...

... sich dafür einsetzen, digitale Basiskompetenzen in den Schulcurricula sowie in der Lehrerbildung zu vermitteln.

Bereits in der schulischen Bildung sollten Technologieverständnis und Interdisziplinarität vermittelt werden, denn Unternehmen benötigen nicht nur hochqualifizierte IT-Fachkräfte, sondern vor allem kreative, innovative Mitarbeiter mit allgemeinen Digitalkompetenzen. Hierfür müssen allgemeinbildende Schulen, Berufsschulen und Hochschulen schnellstmöglich modernisiert werden – sie benötigen eine bessere digitale Ausstattung mit u. a. WLAN, schnellem Internet, Laptops, Tablets, interaktiven Whiteboards, Livestreams, qualifiziertem und sicherem IT-Support. Die Aus- und Fortbildung von Lehrern, Berufsschullehrern und Hochschuldozenten ist Voraussetzung dafür, dass diese Infrastruktur eingesetzt wird und Digitalkompetenzen vermittelt werden können. Um eine ausreichende Anzahl an IT-Fachkräften in Deutschland auszubilden, sollte auf die Chancen und Beschäftigungsmöglichkeiten in der digitalen Wirtschaft bei der Berufsorientierung stärker hingewiesen werden.

... ein klares langfristiges Infrastrukturziel für den Breitbandausbau formulieren.

Für unternehmerische Anwendungen sind bereits heute Glasfaseranschlüsse erforderlich. Viele industrielle Anwendungen werden künftig auf Basis von Funknetzen mit geringen Latenzzeiten (5G) funktionieren. Sie sind unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung auch im ländlichen Raum Wertschöpfung stärken und Fachkräftemangel entgegenwirken kann. Unternehmen und Gewerbegebiete sollten – ebenso wie andere gesellschaftliche und wirtschaftliche Schlüsselbereiche – vorrangig mit Glasfaseranschlüssen versorgt werden.

... gemeinsam mit der Wissenschaft die Vernetzung von Unternehmen über digitale Plattformen unterstützen.

Wesentliche Innovationen der kommenden Jahre werden durch das Sammeln und intelligente Auswerten von Daten entstehen. Big Data kann den Trend zu Großunternehmen verstärken, wenn nicht kleinere und mittlere Unternehmen sich entlang der Wertschöpfungskette zusammenschließen und gemeinsame Vereinbarungen über den Austausch und die Nutzung von Daten treffen. Ein wichtiges Element, um konkurrenzfähige Plattformen zu entwickeln, ist Schnelligkeit. Deshalb kann in Märkten, in denen sich ein Trend zu Plattformen abzeichnet, eine Förderung vorwettbewerblicher Prozesse bei der Entstehung von Plattform-Ökosystemen sinnvoll sein. Sollte solchen Absprachen EU-Wettbewerbsrecht oder nationales Kartellrecht entgegenstehen, sind ggf. Anpassungen des Rechts sinnvoll, um insbesondere KMU den Zugang zu solchen Lösungen zu ermöglichen.

... sich stärker für eine Durchsetzung europäischer Standardisierungs- und Zertifizierungs-lösungen einsetzen.

Das deutsche Referenzarchitekturmodell RAMI 4.0, das im Rahmen der Plattform Industrie 4.0 entwickelt wurde, sollte ein wesentlicher Bestandteil europäischer Standardisierungslösungen im Bereich Industrie 4.0 werden. Dies wäre ein wichtiger Beitrag dazu, die führende Position der deutschen Industrie in diesem Bereich zu unterstützen. Damit wäre ein wichtiger Schritt zur Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands und Europas und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Digitalisierungslösungen aus Europa geschaffen.

... Initiativen zur IT-Sicherheit von KMUs stärker koordinieren und das Zusammenspiel von Staat und Wirtschaft verbessern.

Die Unternehmen betrachten Fragen der Daten- und Informationssicherheit als ein Hauptthema beim Weg in die digitale Welt. Es gibt bereits viele Awareness- und Sicherheitsinitiativen, die staatlich initiiert wurden, aber das Zusammenwirken der Initiativen und die gegenseitige Information und Abstimmung zwischen den verantwortlichen Ministerien muss besser koordiniert werden. Für den Schadensfall müssen Staat und Wirtschaft gemeinsam funktionsfähige Strukturen institutionalisieren, um die Reaktionsfähigkeit zu verbessern und andere Unternehmen zu warnen.

... die Anpassung der Weiterbildungen im IT-Bereich an die sich verändernden Anforderungen zügig einleiten.

Laut DIHK-Unternehmensbarometer „Perspektiven erkannt, erste Schritte getan“ (2016) halten 85 Prozent der Unternehmen mehr Weiterbildung im IT-Bereich für notwendig. Dies gilt über alle Branchen und Größenklassen hinweg. Naturgemäß haben kleinere Unternehmen hier häufig weniger eigene Ressourcen und Informationszugänge. Auch deshalb hat die IHK-Organisation die Aus- und Weiterbildung zum Themenfeld Digitalisierung ganz oben auf ihre Agenda gesetzt. Bei den bundeseinheitlich geregelten Fortbildungsprüfungen ist es erforderlich, bewährte Inhalte auf ihre Zukunftsfähigkeit hin zu überprüfen.

10 Kernpunkte für die Digitalisierung

... Unternehmensgründungen, -wachstum und -finanzierung fördern.

Die fehlende gesetzliche Steuertransparenz von Wagniskapitalfonds und der anteilige, ggf. sogar vollständige Untergang von Verlustvorträgen bei Einstieg eines neuen Investors (sog. Mantelkaufverbot) sind entscheidende Hemmnisse, die die Politik angehen sollte. Zudem sind Investoren durch die Pläne des Bundesrates, Gewinne aus Beteiligungen von bis zu 10% der Besteuerung zu unterwerfen, zusätzlich verunsichert. Das im Koalitionsvertrag 2013 angekündigte Wagniskapitalgesetz ist daher dringend notwendig. Es sollte die genannten Unsicherheiten beseitigen und die Regelung zum Verlustvortrag so ändern, dass sie nur noch Fälle erfasst, in denen ein tatsächlicher Missbrauchsfall („Mantelkauf“) vorliegt, weil nach dem Eigentümerwechsel in kurzem zeitlichen Abstand auch der Geschäftszweck geändert wird. Erfreulich ist insofern, dass die Bundesregierung beschlossen hat, die Verlustverrechnung zu verbessern.

... Raum für die Chancen der Digitalisierung in der Arbeitswelt lassen.

Die Digitalisierung ermöglicht mehr Flexibilität in der Arbeitswelt und insbesondere eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie kann damit eine wichtige Funktion auch zur Fachkräftesicherung erfüllen. Lösungen für Herausforderungen in diesem Kontext müssen dabei in erster Linie auf betrieblicher Ebene gefunden werden.

... sich für Klarheit bei der Frage der Datennutzungsrechte einsetzen.

Unternehmen schließen als Grundlage für Geschäftsmodelle Verträge untereinander über die wechselseitige Datennutzung. Auf europäischer Ebene wird aktuell zu Recht diskutiert, ob eine eindeutige Definition nötig ist, wer „Eigentümer“ der Daten ist. Denn grenzüberschreitende Klarheit ist für Unternehmen mit solchen Geschäftsmodellen wichtig. Bei einer gesetzlichen Neuregelung müssten mögliche Auswirkungen auf den Informationsaustausch analysiert werden.

... die Digitalisierung und intelligente Vernetzung in der Verwaltung intensivieren und stärker koordinieren.

Die deutsche Verwaltung ist ein wichtiger Standortfaktor. Doch E-Government ist ein unübersehbarer Flickenteppich, und der im internationalen Vergleich beobachtbare Entwicklungsrückstand hat negative Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft. Digitalisierung und intelligente Vernetzung sollten insbesondere im Hinblick auf die Praxisanforderungen in den Unternehmen mit mehr Nachdruck vorangetrieben werden. So ließe sich beispielsweise durch die vollständige elektronische Abwicklung zahlreicher Informations- und Meldepflichten viel Aufwand für die Unternehmen einsparen.